

Belegschaft: Konzernchef Christian Klein zurt Ziele feste

SAP schwört auf mehr Vielfalt

Walldorf. Die Belegschaft des Walldorfer Softwarekonzerns SAP soll noch vielfältiger werden. „Wir denken an verschiedene Altersklassen, Regionen, Hintergründe und Kulturen“, erklärte Vorstandssprecher Christian Klein (Bild) dem „Manager Magazin“. „Generell möchten wir jeden Einzelnen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in unserem Konzern fördern.“

Aktuell beträgt der Anteil von Frauen an der Gesamtbelegschaft nach Angaben Kleins rund 33 Prozent. Der Anteil von Frauen im Management stieg demnach im vergangenen Jahr leicht auf 27,5 Prozent.



„Bis 2023 wollen wir unser Ziel von 30 Prozent erreichen. Nur wenn wir divers sind, treffen wir gute Entscheidungen und entwickeln neue Ideen“, sagte Klein weiter. Er verteidigte die selbstgesetzte Frauenquote ausdrücklich. Solche Maßnahmen seien hilfreich, um auch unbewusste Vorurteile zu durchbrechen. Mit Arbeitsdirektorin Sabine Bendiek und Marketingchefin Julia White sind aktuell zwei Frauen im siebenköpfigen Vorstand.

Klein kündigte an, gemeinsam mit Bendiek einen „People Day“ einzuführen. An diesem Aktionstag sollen alle „von der Werkstudentin bis zum Topmanagement“ gemeinsam besprechen, wie Diversität und Inklusion in der Strategie von SAP verankert werden können.

Der Konzernchef räumte ein, „leider eindeutig zu wenige People of Color“ – also Menschen, die in der Mehrheitsgesellschaft als nicht weiß angesehen werden und sich verschiedenen Formen von Rassismus ausgesetzt fühlen – zu beschäftigen. „In den USA wollen wir den Anteil schwarzer und afroamerikanischer Mitarbeiter in den nächsten drei Jahren verdoppeln“, erklärte Klein. „Und natürlich haben wir in Indien sehr viele hoch qualifizierte Mitarbeiter.“

jung (BILD: DPA)

Lebensmittel: Rekordumsatz während der Corona-Pandemie

Bio gefragt wie nie



Das Biosegment legte doppelt so stark zu wie der Lebensmittelmarkt.

BILD: DPA

Nürnberg. Wegen der Corona-Krise mussten viele Menschen mehr selber kochen – und auf den Tisch kam verstärkt Bio. Im vergangenen Jahr erzielte Bio-Lebensmittel einen Rekordumsatz von fast 15 Milliarden Euro – ein Plus von mehr als 20 Prozent. Bio legte damit nach Angaben des Bundes Ökologische Lebensmittelwirtschaft (BÖLW) doppelt so stark zu wie der Lebensmittelmarkt insgesamt. „Da ist eine andere Wertschätzung entstanden“, sagte Bundeslandwirtschaftsministerin Julia Klöckner (CDU) am Mittwoch zur Eröffnung der weltgrößten Naturkostmesse Biofach in Nürnberg, die in diesem Jahr allerdings nur virtuell stattfand. 2020 bewirtschafteten 2020 in Deutschland mehr als 35 000 Höfe fast 1,7 Millionen Hektar Fläche ökologisch. Die Bio-Fläche stieg damit im Vergleich zum Vorjahr um rund fünf Prozent und kommt inzwischen auf rund zehn Prozent aller Landwirtschaftsflächen.

dpa



Akan Tekcan hat im Mannheimer Start-up-Zentrum Mafinex ein eigenes Software-Unternehmen gegründet.

BILD: CHRISTOPH BLÜTHNER

Studie: Immer mehr Selbstständige mit Migrationshintergrund / Mannheimer Gründer sieht gesellschaftlichen Wandel als Ursache

„Die Traditionen fallen weg“

Von Till Börner

Mannheim. Im Zuge der Anwerberabkommen, die die Bundesrepublik Deutschland in den 60er-Jahren hauptsächlich mit Mittelmeeranrainern ausstatten, kamen zahlreiche Gastarbeiter nach Deutschland. Viele waren ungeladene Männer und Frauen, die vor allem in der Industrie Tätigkeiten mit niedrigen Anforderungen ausübten. Sie standen zu meist bei Großunternehmen wie Daimler oder VW am Fließband.

Inzwischen hat sich Einiges geändert: Mehr Menschen mit Migrationshintergrund machen sich selbstständig, und zusätzlich – anders als bei der Generation der Gastarbeiter – sind die in jüngerer Zeit Zugewanderten mit höheren Bildungsabschlüssen ausgestattet. Das geht aus einer Studie des Instituts für Mittelstandsforschung (IMF) der Universität Mannheim hervor. Demnach hat die Zahl der Selbstständigen mit Migrationshintergrund zwischen 2005 und 2019 um über 250 000 auf 790 000 zugenommen – eine Steigerung von 50 Prozent.

Laut der im Auftrag der Bundesregierung erstellten Studie hat jede fünfte unternehmerisch engagierte Person in Deutschland einen Migrationshintergrund. Studienleiter

René Leicht hat zwei Gründe ausgemacht, die diesen Anstieg erklären. Eingewanderte würden durch eine erfolgreiche Selbstständigkeit leichter einen sozialen Aufstieg erreichen als in einem Beschäftigungsverhältnis. „Und absolut betrachtet handelt es sich um einen Effekt verstärkter Einwanderung, vor allem von Hochqualifizierten“, erklärt Leicht. Denn akademisch gebildete Migranten würden sich im Vergleich zu Geringqualifizierten häufiger selbstständig machen. „Das schlägt sich in den Selbständigenglänzen nieder“, so der Fachmann.

Branchen verschieben sich

Entsprechend verschoben haben sich in den vergangenen einhalb Jahrzehnten auch die Branchen, in denen Neugründungen stattfanden. War vor 25 Jahren noch die Hälfte aller migrantischen Selbstständigen in Gastronomie und Einzelhandel tätig, sind es heute noch 25 Prozent. Zwar prägen Restaurants, Imbisse sowie Obst- und Gemüseläden mit ausländischen Namen viele Innenstadtviertel, doch ist auch jedes vierte Migrantenunternehmen den wissenschaftlichen Dienstleistungen zuzuordnen. Gemeint sind damit Ingenieurbüros, technologieorientierte Start-ups, Forschungslabore sowie

freie Berufe wie Steuerberaterinnen und Mediziner.

Akan Tekcan ist einer von ihnen. Er wurde 1970 in der Türkei geboren und kam als Dreijähriger nach Deutschland. Nach seinem BWL-Studium in Mannheim und langjähriger Tätigkeit für den Softwarekonzern SAP entschied sich Tekcan vor drei Jahren für den Schritt in die Selbstständigkeit. Zusammen mit seinem Geschäftspartner Can Arıkoğlu führt er die Do Not Nine Digital GmbH, die sich darauf spezialisiert hat, Personalabteilungen die Arbeit zu erleichtern. Mithilfe einer App können Unternehmen neue Mitarbeiter mit wenigen Klicks der Deutschen Rentenversicherung melden.

Die Studie des IMF kommt zu dem Schluss, dass ein Gründungs potenzial von Zugewanderten längst nicht ausgeschöpft sei. Durch gesetzliche und bürokratische Hürden sei ihr Zugang zu beruflicher Selbstständigkeit gehemmt, heißt es als Begründung.

Eine Aussage, die Akan Tekcan nicht bestätigen kann. Die biografischen Hintergründe seien bei der Gründung kein Problem gewesen, sagt er. Schwierig hingegen war die Zusage eines Kredites. „Das war nicht leicht. Ich seh da aber keinen Zusammenhang mit unseren Na-

men, sondern eher mit der üblichen Bürokratie“, so Tekcan. Viel Unterstützung hätten seine Mitgründer und er von der IHK Rhein-Neckar erhalten. Dass in den letzten Jahren mehr Menschen mit Migrationshintergrund wissenintensive Dienstleistungen gründeten, ist auch Tekcan aufgefallen. Als einen Grund sieht er die „passive Integration“. Gesellschaftliche Denkschemen hätten sich geöffnet. „Die Leute haben das Gefühl, sie können und dürfen so etwas machen“, sagt er.

Export als Stärke

Auf der anderen Seite seien in vielen Migrationsfamilien auch Traditionen weggefallen. „Früher wurde von den Eltern klar gesagt, was das Kind beruflich darf und wen es heiraten soll. Das hat sich aufgelockert“, erzählt Tekcan, der laut eigener Aussage in einem liberalen Haushalt aufgewachsen ist.

Als eine „herausragende Stärke der migrantischen Unternehmen“ bezeichnet die Studie ihre internationalen Beziehungen und Netzwerke. Sprache und landesspezifische Kenntnisse seien hier ausschlaggebend. Daher liegt die Exportaktivität unter Migrantengründungen bei 14 Prozent, bei Gründungen deutscher Herkunft sind es nur 9 Prozent.

Edeka Südwest: Verkaufsstellen der Bäckerei-Tochter sollen an selbstständige Kaufleute gehen / NGG sieht schlechtere Bedingungen

K&U-Filialen vor Besitzerwechsel

Von Bettina Eschbacher

Offenburg/Mannheim. Die Gewerkschaft NGG warnt vor einer Zerstückelung der Bäckereikette K&U, die zu Edeka Südwest gehört. Nach Informationen der Gewerkschaft plant der Lebensmittelhändler, die 800 Filialen der Tochterfirma bis 2023 entweder an einzelne Edeka-Händler zu verkaufen oder zu schließen. Betroffen wären davon rund 3500 Beschäftigte. Das Hauptproblem aus Sicht der NGG: „Für die Beschäftigten droht eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen, denn viele Einzelhändler sind weder tarifgebunden noch haben sie einen Betriebsrat“, sagt Elwis Capecce. Er ist Geschäftsführer der NGG-Region Mannheim-Heidelberg.

Von Zerstückelung ist bei der Stellungnahme der Edeka Südwest aber nicht die Rede. Wie ein Sprecher erklärt, „wurden und werden kontinuierlich Verkaufsstellen an interessierte selbstständige Kaufleute des Edeka Südwest-Verbands übergeben, die diese dann als Abteilung im Rahmen ihres Einzelhandelsangebots betreiben und das Sortiment an Backwaren eigenständig zusam-

stellen“. Das sei ein kontinuierlicher Prozess, mit dem Edeka Südwest auch dem „genossenschaftlichen Auftrag zur Förderung seiner Kaufleute“ nachkomme. Das Angebot an Brot- und Backwaren könne so stärker an den örtlichen Kundenwünschen ausgerichtet werden.

Die Verantwortung für Mitarbeitende von Verkaufsstellen gehe dann auf den jeweiligen Kaufmann über, so der Sprecher. Er verweist auf die gesetzlichen Vorgaben, nach de-

nen die Beschäftigten ein Jahr lang ihren bisherigen Tarifschutz behalten. Die Frage, ob alle Standorte an die Kaufleute verkauft werden sollen oder ein Teil davon geschlossen wird, wollte das Unternehmen nicht beantworten.

Die K&U-Filialen firmieren bisher meist unter dem Namen BackK&U und sind Edeka-Märkten angeschlossen. Ein Teil der Verkaufsstellen wird aber auch in Innenstädten oder Bahnhöfen betrieben. Sie

alle werden nach und nach umbenannt und sollen künftig als „Markt-Bäckerei“ auftreten.

Edeka ist ein Unternehmensverbund mit sieben Regionalgesellschaften und 3700 selbstständigen Kaufleuten. Die Kaufleute firmieren indirekt als Mit-Eigentümer ihrer Regionalgesellschaft und haben so ein Mitspracherecht. Das Absatzgebiet der Edeka Südwest erstreckt sich über Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz und das Saarland sowie Teile Hessens und Bayerns.

Zu K&U gehören auch fünf Produktionsbetriebe der Bäckerbub GmbH. Sie stellen an den Standorten Mannheim, Bexbach, Reutlingen und Neuenburg die Backwaren her. Die Aufspaltung werde auch auf sie Auswirkungen haben, „wenn die Verknüpfung von Produktion und Verkauf entfällt“, sagt Capecce. Der Edeka-Sprecher betonte dagegen, dass sich für die Produktionsstätten „keine Änderungen“ durch die neue Eigentümer-Struktur ergäben. Die NGG rief jetzt die Beschäftigten zu einer Protestkundgebung am Sonntag, 21. Februar, am Mannheimer Sitz von K&U/Bäckerbub auf. Sie sollen eine Menschenkette bilden.



Eine K&U-Filiale in Mannheim – die Verkaufsstellen sollen nicht nur neue Eigentümer, sondern auch einen neuen Namen bekommen.

BILD: CHRISTOPH BLÜTHNER

IN KÜRZE

Land fördert ZEW-Projekt

Mannheim. Das Land Baden-Württemberg fördert die Projektgruppe „Gesundheitsmärkte und Gesundheitspolitik“, die zum 1. Januar 2021 am Mannheimer Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) ihre Arbeit aufgenommen hat. Wie das ZEW mitteilte, ist das Projekt eines von insgesamt 17, die im Rahmen des Forums Gesundheitsstandort Baden-Württemberg mit insgesamt 51,9 Millionen Euro gefördert werden. „Ziel des von uns eingereichten Projekts ist es, die ökonomischen Voraussetzungen für eine gute Gesundheitsversorgung besser zu verstehen und gesundheitsökonomische Forschung in Baden-Württemberg stärker zu verankern“, sagte ZEW-Präsident Achim Wambach.

red

Thyssenkrupp behält Stahl

Essen. Der Industriekonzern Thyssenkrupp wird sein Stahlgeschäft nicht an den Konkurrenten Liberty Steel verkaufen. Die Gespräche mit Liberty Steel über einen möglichen Erwerb von Thyssenkrupp Steel Europe seien beendet worden – eine Veräußerung des Stahlgeschäfts an Liberty Steel werde damit nicht zustande kommen, teilte Thyssenkrupp am Mittwochabend mit. Die Vorstellungen über Unternehmenswert und Struktur der Transaktion hätten weit auseinander gelegen. Thyssenkrupp werde nun eine zukunftsfähige Aufstellung des Stahls aus eigener Kraft weiter vorantreiben, hieß es. Die Stahlsparte litt stark unter den Folgen der Corona-Pandemie und häufte im vergangenen Geschäftsjahr einen Verlust von fast einer Milliarde Euro an. Zuletzt aber wurde eine gute Entwicklung verbucht.

dpa

Erntehelfer: Warnung vor längerer Versicherungsfreiheit

DGB schlägt Alarm

Berlin. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) lehnt eine Ausdehnung der versicherungsfreien Beschäftigung für ausländische Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft ab. „Wenn wir in der Saisonarbeit nicht ebenso dramatische Zustände wie in der Fleischindustrie wollen, müssen Erntehelfer besser geschützt werden“, sagte Anja Piel, Vorstandsmittglied des DGB, dieser Redaktion. Mehrere Agrarverbände fordern eine Ausweitung der geltenden 70-Tage-Regelung auf bis zu 115 Tagen, um den Anreiz für die Einreise von Saisonkräften zu erhöhen. Eine kurzfristige Beschäftigung sollte nur für Schüler und Studenten zulässig sein – und zwar für maximal 50 Tage pro Kalenderjahr.

„Teil des Ausbeutungssystems“

„Selbstverständlich können Menschen auch dann länger als 70 Tage bleiben und arbeiten, wenn sie von vornherein sozialversichert sind“, meinte Piel. „Erntehelfer ohne Sozialversicherung ist kein Naturgesetz, sondern Teil des Ausbeutungssystems der Arbeitgeber.“ Die Bundesregierung dürfe nicht von Lobbyisten und Landwirtschaftsverbänden einklinken.

„Eine weitere Verlängerung der Frist für sogenannte „kurzfristige Beschäftigung“ erleichtert Missbrauch“, ist die Gewerkschafterin überzeugt. Es sei zynisch zu behaupten, eine längere Beschäftigung ohne sozialen Schutz würde zu weniger Infektionen beitragen, weil die Helfer dann seltener getauscht werden müssen, sagte Piel.

Auch wenn Erntehelfer nicht in kalten, feuchten Räumen wie in der Fleischwirtschaft arbeiteten, so seien sie doch denselben Infektionsrisiken ausgesetzt, argumentiert Piel. Oft würden sie in vollen Bussen zum Arbeitsort befördert und in schlechten Unterkünften mit Gemeinschaftslosetten und -duschen untergebracht. „Es ist ein Unding, dass Menschen unter solchen Bedingungen oft nicht einmal krankensichert sind“, so Piel. Diese Zustände dürfe die Bundesregierung nicht noch durch befördern.

ZRB